

Herr
Hansruedi Forrer
Landratspräsident
Rathaus
8750 Glarus



Sozialdemokratische Partei
Landratsfraktion

Postulat

Etwas tun gegen eine mögliche politische Blockade aufgrund COVID-19

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Oberurnen
7. September 2020

Gestützt auf Art. 81 der Landratsverordnung reichen wir folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um eine drohende politische Blockade im Jahr 2021 abzuwenden.

Konkret legt der Regierungsrat dem Landrat Vorschläge vor, welche Optionen bestehen, die es der Politik ermöglichen, auch bei einem Ausfall der Landsgemeinde und Gemeindeversammlungen im Jahr 2021 handlungs- und entscheidungsfähig zu bleiben. Dabei führt er die Vor- und Nachteile der Optionen auf.

Begründung

Könnten im Jahr 2021 wegen COVID-19 wiederum weder die Landsgemeinde noch die Gemeindeversammlungen stattfinden, kann der Souverän verschiedene Beschlüsse nicht fällen: weder Anpassungen der Kantonsverfassung, Gesetzesänderungen noch grosse Verpflichtungskredite, Rechnungsabnahmen, Wahlen, etc. Wir würden uns dann in einer politischen Sackgasse befinden.

Gemäss Verfassung des Kantons Glarus, Rechtsetzung, Art. 99, Litera d ist der Regierungsrat zuständig für „*Verordnungen und Verfügungen in Notlagen und andern Fällen zeitlicher Dringlichkeiten, [insbesondere zur raschen Einführung von Bundesrecht]; diese Erlasse sind sobald als möglich dem Landrat [oder der nächsten Landsgemeinde] vorzulegen*“.

Die Zeit bis zum Frühling 2021 ist zu nutzen, um eine Strategie auszuarbeiten, wie im Falle einer wiederholten Absage von Landsgemeinde und Gemeindeversammlungen vorzugehen ist.

Wir danken dem Regierungsrat für die Prüfung des Antrags und verbleiben mit vorzüglicher Hochachtung.

Im Namen der SP-Fraktion

Sabine Steinmann

Landrätin

Christian Büttiker

Fraktionspräsident

Sozialdemokratische Partei
des Kantons Glarus
Landratsfraktion